

3. Dez. 73 18

VERTRAULICH

s.C.41.107.6.-MCH/cm

Bern, den 29. November 1973

s. C. 41. Su. 100.0 ✓

Aktennotiz

- Kopie an:
- Herrn Botschafter Thalmann
 - Herrn Botschafter Gelzer
 - Herrn Botschafter de Ziegler
 - Herrn Zwahlen
 - Herrn Fritschi
 - Schweizerische Botschaft, Stockholm

Ich empfang heute morgen den schwedischen Botschafter, um mit ihm die politischen Aspekte der Erdölkrise zu besprechen.

Ich legte ihm in grossen Zügen dar, dass wir interne Ueberlegungen anstellen über die Haltung, die wir einnehmen sollten, falls von arabischer Seite im Zusammenhang mit den Erdöllieferungen ein direkter Druck auf die Schweiz ausgeübt würde, wie dies schon gegenüber den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und Japan geschah. Dabei gingen wir natürlich davon aus, dass wir keinerlei Konzessionen machen könnten, die irgendwie unsere Neutralität berühren würden. Es schien uns aber im Hinblick auf allfällige derartige Entwicklungen wünschenswert, mit den andern Neutralen, d.h. mit Schweden und Oesterreich, enge Kontakte aufrecht zu erhalten. Ich betonte nachdrücklich, dass bis jetzt von arabischer Seite keine solche Druckversuche erfolgt seien, und dass unsere Gespräche natürlich vertraulich zu behandeln seien.

Im Verlaufe des ziemlich langen Gesprächs, das auch die wirtschaftlichen und technischen Aspekte der Oelkrise berührte, machte der schwedische Botschafter u.a. folgende Bemerkungen.

- 2 -

- 1) Er nahm ohne weiteres an, dass auch seine Regierung an derartigen Kontakten und Konsultationen interessiert sei. Er werde aber spezifisch noch über unser Gespräch nach Stockholm berichten und uns die Reaktion darauf bekannt geben.

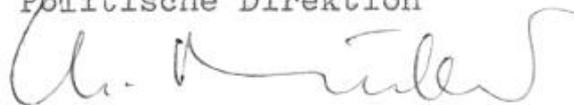
- 2) Er wies darauf hin, dass Schweden und die Schweiz schon bisher die Neutralitätspolitik verschieden ausgelegt hätten, insbesondere was die Stellungnahme der Regierung zu internationalen politischen Ereignissen betreffe. Gerade der Mittelost-Konflikt bilde aber eine Ausnahme. Schweden habe sich bis jetzt nie darüber offiziell geäußert, und zwar einmal mit Rücksicht auf die Mission Jarring, die durch derartige Stellungnahmen hätte erschwert werden können, und gegenwärtig vor allem in Hinblick auf die Teilnahme schwedischer Truppen bei der Ueberwachung des Waffenstillstandes, die ebenfalls durch öffentliche Erklärungen in eine schwierige Situation versetzt werden könnten. Zu diesen beiden Gründen komme noch ein innenpolitischer Faktor. Die schwedische öffentliche Meinung, die während des 6-Tage-Krieges sehr stark Israel-freundlich war, sei nun sehr geteilt. Eine öffentliche Stellungnahme der Regierung würde daher auch interne Schwierigkeiten bereiten.

- 3) Die Schwedische Regierung habe soeben für den Monat Januar die Benzinrationierung angeordnet. Dies heisse nicht, dass die Versorgungslage Schwedens schlechter sei als z.B. die der Schweiz, doch wolle man Massnahmen wie die Kontigentierung, die durch die Privaten gehandhabt wird, vermeiden.

- 3 -

- 4) Eines der Hauptanliegen der schwedischen Behörden besteht gegenwärtig darin, zuverlässige Informationen über die Massnahmen der ölproduzierenden Länder und über die Verteilung zu erhalten. Dabei sei man in der unangenehmen Lage, dass man für alle Informationen von den grossen multinationalen Gesellschaften abhängt, die natürlich gleichzeitig ihre Interessen verteidigen. In dieser Hinsicht wären offizielle Kontakte mit den ölproduzierenden Ländern an sich wünschenswert, doch sei man sich der grossen Gefahr bewusst, dass man sich damit einem politischen Druck aussetzen könnte. Der Botschafter erwähnte in diesem Zusammenhang, dass von Irak an Schweden eine Offerte für eine ziemlich beträchtliche Oellieferung gemacht wurde, allerdings erst für den nächsten Sommer, wobei er allerdings nicht wisse, ob diese Offerte direkt oder über eine Oelfirma erfolgte.
- 5) Inbezug auf die Beratungen der skandinavischen Länder über die Rohölsituation, die letzte Woche stattfanden, erklärte der Botschafter, es hätte sich lediglich um einen Austausch von Informationen gehandelt. Es sei kaum anzunehmen, dass die skandinavischen Länder gemeinsame Massnahmen ergreifen könnten, da ihre Versorgungslage allzu verschieden sei. Finnland werde von der Sowjetunion beliefert und habe überhaupt keine Restriktionen angeordnet. Norwegen verfüge über eine beträchtliche Eigenproduktion, während Schweden und Dänemark zum grossen Teil aus den arabischen Ländern importieren, wobei aber der Einkauf vielfach über andere westeuropäische Staaten erfolge.

Politische Direktion



(Ch. Müller)